



II-1298 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

GZ 97.111/320-SL III/91

Wien, am 20. März 1991

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 W i e n

385 IAB
1991 -03- 22
zu 631 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petrovic, Srb, Freunde und Freundinnen haben am 4. März 1991 unter der Zahl 631/J-NR/91 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Flüchtlinge aus Rumänien nicht mehr als Asylwerber anzuerkennen" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist diesbezüglich eine Weisung an die zuständigen Behörden ergangen?
2. Wurden aufgrund dieser Ankündigung bereits Asylanträge von Rumänen abgewiesen?
3. Wurden Asylanträge aufgrund dieser Ankündigung von Rumänen nicht mehr entgegengenommen?
4. Steht die "Nacht- und Nebelaktion", die rumänischen Flüchtlinge, die sich in Kärnten aufhalten, nach Traiskirchen zu führen, im Zusammenhang mit dieser Ankündigung?

- 2 -

5. Warum wurden die zuständigen Behörden in Kärnten von dieser "Nacht- und Nebel-Aktion" nicht verständigt?
6. Hätte die Befragung (Registrierung?) der rumänischen Flüchtlinge aus Kärnten auch in Kärnten durch die dort zuständigen Behörden durchgeführt werden können? Wenn nein, warum nicht?
7. Werden in Österreich Flüchtlinge aus bestimmten Ländern generell nicht als Flüchtlinge anerkannt oder sind die Flüchtlinge aus Rumänien die einzigen Ausnahmen? Wenn ja, welche Flüchtlinge aus anderen Ländern werden auch nicht als Flüchtlinge anerkannt? Wenn nein, warum werden die Flüchtlinge aus Rumänien nicht als solche anerkannt?
8. Auf welche wissenschaftliche Autoritäten, Lehrmeinungen, Werken etc. stützen Sie diese angekündigte Vorgangsweise?
9. Gilt für Flüchtlinge aus Rumänien die Unschuldsvermutung, daß sie aus Furcht vor Verfolgung fliehen, nicht?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1

Nein.

Zu Frage 2

Da es keine solche Ankündigung gab, wurden auf ihrer Grundlage auch keine Asylanträge von Rumänen abgewiesen. Die Feststellung, daß Asylwerber aus Rumänien nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, ist eine Tatsachenfeststellung. Die Entscheidung in einem Asylverfahren ist aber eine einzelfallbezogene Entscheidung, die auf den Ergebnissen des Ermittlungsverfahrens basiert.

- 3 -

Zu Frage 3

Nein.

Zu Fragen 4 und 5

Das Lager Traiskirchen organisiert und bezahlt für Auswanderungswerber die Anreisen vom Quartier nach Wien und deren Rückreisen anlässlich von Vorladungen der Einwanderungsbehörden der USA, Kanadas und Australiens.

Die Reiseorganisation erfolgt aus Gründen der Sparsamkeit in drei Reiserouten per Bus unter Berücksichtigung der Vollbesetzung der Busse.

Eine Busroute führt aus dem östlichen und südlichen Burgenland nach Traiskirchen; die zweite Busroute von Nordkärnten über die Steiermark ins westliche Burgenland und südliche Niederösterreich nach Traiskirchen; die dritte Route vom Westen über Amstetten, St. Pölten nach Traiskirchen.

Da die ausländischen Einwanderungsbehörden ihre Termine und medizinischen Untersuchungen generell zeitig, gegen 08.00 und 09.00 Uhr ansetzen, beginnen die Busse in den weit entfernten Quartieren zwischen 03.00 und 04.00 Uhr früh mit dem Einsammeln der Passagiere.

Bedingt durch die heftigen Schneefälle des Vortages und Vorabends der angesprochenen Aktion war es vorgesehen, die sechs nach Wien bestellten in Kärnten untergebrachten Rumänen um eine Stunde früher abzuholen, da der Bus auf seiner Route noch andere Personen abholen mußte und mit Behinderungen zu rechnen war. Deshalb entschieden sich die Chauffeure auch ihrerseits dafür, noch früher loszufahren. Diese frühe Abfahrt entsprach weder einer Regel noch diente sie einer geheimen Aktion sondern stellte lediglich

- 4 -

eine einmalige Reaktion auf eine extreme Wettersituation dar, die ich in diesem Fall für durchaus angemessen erachte. Auch arbeitende Menschen sind - um Arbeitstermine wahrzunehmen - von Fall zu Fall gezwungen, ihre Nachtruhe zu unterbrechen und Nachtfahrten vorzunehmen.

Zu Frage 6

Wie in der Beantwortung zu Frage 5 dargestellt, konnte eine Befragung in Kärnten durch die dort zuständigen Behörden nicht durchgeführt werden, da es sich nicht um eine behördliche Befragung, sondern um ein Interview durch Vertreter von Auswanderungsorganisationen handelte.

Zu Frage 7

In Österreich werden in keinem Fall Flüchtlinge aus einem bestimmten Land "generell nicht als Flüchtlinge anerkannt"; die Entscheidung ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention einzelfallbezogen und beruht auf einem im Einzelfall durchgeführten Ermittlungsverfahren.

Zu Fragen 8 und 9

Wie bereits dargestellt, beruhen diese Fragen auf einer falschen Annahme. Ihre Beantwortung erübrigt sich daher.

Fraut lxx